

## **Wahlprüfsteine LPE NRW e.V.**

1) Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Sondergesetze für psychiatrisierte Personen abgeschafft werden, wie es die UN-Behindertenrechtskonvention fordert?

Falls Ja: Welche Vorschläge bringen Sie zu dem Thema vor?

Ja, DIE LINKE fordert die Abschaffung von Sondergesetzen für psychisch Kranke.

2) Werden Sie sich dafür einsetzen, dass „Saneismus“ als offizieller Diskriminierungsgrund anerkannt und dementsprechend in Bildungskataloge, Gesetze und öffentliches Bewusstsein gelangt?

Falls Ja: Welche Vorschläge bringen Sie zu dem Thema vor?

DIE LINKE tritt gegen jede Form der Diskriminierung ein und arbeitet auf Augenhöhe mit den Betroffenen und ihren Selbstorganisationen zusammen, um sie in ihrem Kampf gegen Diskriminierung zu unterstützen. Eine zentrale Meldestelle könnte ein erster Schritt auf Landesebene sein, um dem Problem auch auf Ebene der Landesinstitutionen zu begegnen.

3) Wie ist Ihre Meinung zum Thema „Zwangsbehandlung“, insbesondere zur Medikamentenvergabe ohne Einwilligung der Betroffenen?

Ja. DIE LINKE setzt sich für eine gewaltfreie und humane Psychiatrie ein. Dazu wollen wir das Selbstbestimmungsrecht der Menschen mit Kontakt zur Psychiatrie stärken. Behandlungsvereinbarungen und die Erstellung einer verbindlich einzuhaltenden Patientenverfügung müssen zur Normalität werden. Wir wollen mehr Personal, auch da gerade Behandlungen, die Zwang vermeiden, zuwendungsorientiert und personalintensiv sind. Neuere Konzepte wie die „Offenen Türen“ sollten valide erprobt und bei positiver Bewertung flächendeckend zur Anwendung gebracht werden. Medizinische Behandlungen sind grundsätzlich nur zum Vorteil der Patient\*innen erlaubt, auch psychiatrische. Wir wollen mehr Forschung, welche Behandlungen den Betroffenen tatsächlich mehr psychische Gesundheit bringen, denn häufig fehlen solche Nachweise bei den gängigen Behandlungen.

4) Sehen Sie die Förderung von Selbsthilfe (von Betroffenen für Betroffene) als mindestens genauso wichtig an wie die monetäre Förderung psychiatrischer ‚Kliniken‘ und vergleichbarer Einrichtungen?

Falls Ja: Wie gedenken Sie die Förderung auszubauen?

DIE LINKE fordert, dass die Selbsthilfe erheblich mehr finanzielle Mittel erhält. Ihre Arbeit ist für viele Patient:innen unschätzbar und nicht zuletzt sind die Selbsthilfeorganisationen wichtige Stimmen in der Selbstverwaltung und in der Politik. Diese Rolle wollen wir weiter stärken, etwa mit einer deutlichen Aufwertung und Professionalisierung der Patientenvertretung im Gemeinsamen Bundesausschuss und anderen Gremien und darauf aufbauend mit einem vollen Stimmrecht. Bei der Finanzierung der Selbsthilfe ist uns besonders wichtig, dass die institutionelle, dauerhafte Förderung durch Steuergelder im Vordergrund steht und die Projektförderung nicht die Regel sein darf. Das ist entscheidend für die Unabhängigkeit der Selbsthilfegruppen von politischer Einflussnahme. Aber auch die Unabhängigkeit von Wirtschaftsinteressen etwa der pharmazeutischen Industrie ist uns ein wichtiges Anliegen.

5) Sehen Sie die Möglichkeiten, die durch die Covid-19-Pandemie gestiegenen psychischen Belastungen bei Kindern und Jugendlichen anders als durch Psychiatrisierung aufzufangen und sind Sie bereit diese zu fördern? Beispiele dafür sind Selbsthilfeangebote und Community-Organisationen.

Kinder und Jugendliche brauchen grundsätzlich flächendeckende niedrigschwellige Unterstützungsangebote. Der Bedarf ist durch die Corona-Situation natürlich gestiegen. DIE LINKE setzt sich für eine Stärkung der Jugendarbeit, der Schulsozialarbeit und der Einrichtung von Schulpsychologenstellen an allen Schulen ein. So können Kinder und Jugendliche frühzeitig durch ein hilfreiches Unterstützungsnetzwerk aufgefangen werden, ehe eine Psychiatrisierung überhaupt droht. Außerdem tritt DIE LINKE dafür ein, den Lerndruck, unter dem die Schüler:innen stehen, zu verringern.

6) Erkennen Sie das Problem von informellem Zwang in der Psychiatrie an?  
Falls Ja: Was tun Sie, um diese Praxis zu unterbinden?

Informeller Zwang ist ein Problem, auch über den Bereich der Psychiatrien hinaus. Der sinnvollste Weg, um diesem schwer zu fassenden Problem zu begegnen, ist aus unserer Sicht die Stärkung der Rechte der Betroffenen und ihrer Selbstorganisationen, aber auch ihrer Möglichkeit, diese Rechte tatsächlich praktisch in Anspruch zu nehmen.